

Änderungsantrag
(zu Drs. 15/2159 und 15/2694)

Fraktion der CDU
Fraktion der SPD
Fraktion der FDP

Hannover, den 22.03.2006

LKW-Maut-Ausweichverkehr flächendeckend erfassen und unterbinden

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 15/2159

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr - Drs. 15/2694

Der Landtag wolle den Antrag in folgender Fassung beschließen:

Entschließung

Lkw-Mautausweichverkehr unterbinden

Der Landtag stellt fest:

Die Lkw-Maut auf den Autobahnen hat sich grundsätzlich bewährt. Sie ist ein geeignetes Mittel, gezielt die Nutzer, die den höchsten Verschleiß an Straßen und Bauwerken verursachen, an den Kosten der Verkehrsinfrastruktur stärker zu beteiligen.

Aufgrund der Einführung der Maut zum Jahresbeginn 2005 sind zunächst viele Lkw auf mautfreie Straßen ausgewichen. Das hat zu starken Belästigungen der Anwohner dieser Straßen geführt. Verkehrszählungen der niedersächsischen Straßenbauverwaltung haben ergeben, dass der zunächst sprunghafte Anstieg des Mautausweichverkehrs inzwischen wieder zurückgegangen ist. Allerdings sind einige Straßen, die sich besonders gut als Ausweichstrecken eignen, auch weiterhin übermäßig durch Lkw belastet. Hier ist es im Interesse der Anwohner zwingend erforderlich, den überregionalen Lkw-Verkehr zurück auf die Autobahnen zu verlagern.

Die Bemautung von zusätzlichen Straßen erscheint ein nur begrenzt geeignetes Mittel zu sein. Über die Straßen, die besonders durch den Mautausweichverkehr belastet sind, werden regelmäßig auch große Gewerbegebiete erschlossen. Für die dort ansässigen Unternehmen stellt es einen erheblichen Standortnachteil dar, wenn alle - auch die örtlichen - Verkehre der Maut unterliegen. Dadurch können sowohl Ansiedlungsentscheidungen negativ beeinflusst als auch Abwanderungen von Betrieben ausgelöst werden.

Ziel muss es deshalb sein, den überregionalen Mautausweichverkehr im Regelfall durch geeignete verkehrliche Maßnahmen zurück auf die Autobahnen zu verlagern, ohne den regionalen Wirtschaftsverkehr zu behindern oder mit zusätzlichen Kosten zu belasten. Vor diesem Hintergrund begrüßt der Landtag die Initiative der Länder und des Bundes zur Ergänzung der StVO.

Ferner fordert der Landtag die Landesregierung auf,

- gemeinsam mit den zuständigen Stellen des Bundes auf verstärkte Kontrollen mautpflichtiger Lkw auf dem nachgeordneten Straßennetz hinzuwirken,
- bei entsprechendem Wunsch der Regionen Bundesstraßen zur Überprüfung für eine Bemautung bei der Bundesregierung anzumelden,
- bei der Bundesregierung darauf hinzuwirken, dass die von der alten Regierung im Rahmen des Mautkompromisses den Ländern zugesagten, dringend erforderlichen Kompensationen für das deutsche Transportgewerbe endlich zeitnah umgesetzt werden,

- die zuständigen Verkehrsbehörden auch weiterhin darin zu unterstützen, im Interesse der Anwohner an besonders belasteten Straßen Verkehrsbeschränkungen anzuordnen,
- die Sanktionen und Rahmensetzungen des neuen Lkw-Durchgangsverkehr-Verbotsschildes zu verschärfen und insbesondere das Bußgeld anzuheben, um dessen Wirkung zu erhöhen,
- die Einführung einer generellen Pkw-Maut auf Bundesfernstraßen weiterhin abzulehnen.

Für die Fraktion der CDU

David McAllister
Fraktionsvorsitzender

Für die Fraktion der SPD

Wolfgang Jüttner
Fraktionsvorsitzender

Für die Fraktion der FDP

Klaus Rickert
Stellv. Fraktionsvorsitzender